

# Richtlinie für Kapitalanlagen der Stadt Münster vom 20.02.2024 – Anlagerichtlinie

## **Präambel**

Das Ministerium für Inneres und Kommunales NRW (MIK NRW) hat mit Runderlass vom 11.12.2012 (MBI. NRW. Nr. 33 vom 28.12.2012, Seite 741 ff, geändert durch Runderlass vom 19.12.2017 (MBI. NRW. 2017 S. 1057)) und 30.11.2022 (MBI. NRW. 2022 S. 1029) die Gemeinden und Gemeindeverbände ermächtigt, für die Anlage von längerfristigem Kapital sachgerechte und vertretbare Rahmenbedingungen in eigener Verantwortung und unter Beteiligung ihrer Vertretungskörperschaft zu schaffen.

Die hier vorliegende Anlagerichtlinie ist vom Ausschuss für Wohnen, Liegenschaften, Finanzen und Wirtschaft der Stadt Münster beschlossen worden.

## **1. Geltungsbereich**

Diese Anlagerichtlinie gilt für angelegtes Kapital der Stadt Münster und der eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen, das nicht zur Sicherung der Liquidität und zur Zahlungsabwicklung benötigt wird. Die Geltung erstreckt sich auch auf angelegtes Kapital in Spezialfonds für die zukünftige Finanzierung von Pensionsverpflichtungen.

## **2. Anlageziele**

Mit der Kapitalanlage wird das Ziel verfolgt, Kapitalerträge zu erwirtschaften und so zur Finanzierung städtischer Aufgaben beizutragen. Mit längerfristigen Kapitalanlagen ist neben der Erwirtschaftung von Erträgen das Ziel verbunden, rechtzeitig für bereits eingegangene Verpflichtungen, die erst künftig liquiditätswirksam werden, Vorsorge zu treffen. Damit soll eine Versteigerung der Haushaltsbelastungen im Zeitablauf erreicht und ein Beitrag zu mehr Generationengerechtigkeit geleistet werden.

## **3. Anlageformen**

Dem in der Präambel erwähnten Runderlass entsprechend, können die städtischen Anlagen grundsätzlich in den Anlageformen aufgenommen werden, die von den kommunalen Versorgungskassen und Zusatzversorgungskassen bei solchen Geschäften nach § 16 Abs. 2 des Gesetzes über die kommunalen Versorgungskassen und Zusatzversorgungskassen im Lande Nordrhein-Westfalen (VKZVKG) genutzt werden dürfen. Danach sind alle Anlageformen zugelassen, die auch den Versicherungsunternehmen nach § 215 Abs. 1 und 2 des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) sowie der Anlageverordnung gestattet sind. Dabei ist auf eine angemessene Mischung und Streuung der unterschiedlichen Anlageformen zu achten.

Gemäß EU-Finanzmarktrichtlinie (Markets in Financial Instruments Directive – MiFID) ist die Stadt Münster bei eigenen Geldanlagen als Privatanleger einzustufen, das heißt mit dem höchsten Schutzniveau.

## **4. Anlagegrundsätze**

### **4.1 Allgemeine Anlagegrundsätze**

Bei der Kapitalanlage ist gemäß § 90 Abs. 2 Satz 2 Gemeindeordnung NRW (GO NRW) auf eine ausreichende Sicherheit und einen angemessenen Ertrag zu achten. In der Abwägung zwischen den Aspekten Sicherheit und Ertrag wird der Sicherheit die höhere Priorität eingeräumt. Sicherheit bedeutet, dass die Geldanlage überwiegend nur in solchen Bereichen erfolgen darf, in denen eine Rückzahlung des ganzen nominalen Kapitals gewährleistet werden kann. Bei entsprechender Situation an den Kapitalmärkten kann dies auch bedeuten, dass Kapital zu marktgerechten negativen Renditen angelegt wird.

Bei der Auswahl der Anlageformen und der Anlagedauer muss die Verpflichtung zur Sicherstellung der Liquidität ausreichend berücksichtigt werden (vgl. § 75 Abs. 6 GO NRW). Darüber hinaus ist der Grundsatz der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit der Vermögensverwaltung zu beachten.

Eine Aufnahme von Fremdmitteln zur Finanzierung einer zu tätigen Anlage ist ausgeschlossen.

### **4.2 Nachhaltigkeit der Kapitalanlage**

Für alle Kapitalanlagen, bei denen die Stadt Münster direkt oder indirekt eine (Mit-)Eigentümerposition an Unternehmen aufbaut (z. B. durch Erwerb von Aktien), gilt der Grundsatz der Nachhaltigkeit im Sinne der Definition der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung der Vereinten Nationen (sogenannte „Brundtland-Kommission“). "Nachhaltige Entwicklung ist eine Entwicklung, die den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen". Bei Kapitalanlagen sollen daher auch soziale, ökologische und ethische Nachhaltigkeitskriterien in die Entscheidungsfindung einfließen. In der konkreten Umsetzung bedeutet das die folgenden Mindeststandards für ein städtisches Engagement im Rahmen solcher Kapitalanlagen:

#### Investitions- oder Ausschlusskriterien für Unternehmensbeteiligungen/Aktien

- keine Beteiligung an Unternehmen, die Kinderarbeit zulassen,
- keine Beteiligung an Unternehmen, die Militärwaffen herstellen oder vertreiben,
- keine Beteiligung an Unternehmen, die Atomenergie erzeugen oder auf nicht nachhaltige und klimaschädliche Energien setzen,
- keine Beteiligung an Unternehmen, die Schiefergasgewinnung (sogenanntes „Fracking“) betreiben.
- keine Beteiligung an Unternehmen, die Pflanzen oder Saatgut gentechnisch verändern,
- keine Beteiligung an Unternehmen, die Tierversuche für die Herstellung von Kosmetika durchführen (non-medical-testing),
- keine Beteiligung an Unternehmen, denen eklatante Bestechungs- oder Korruptionsfälle nachgewiesen worden sind,
- keine Beteiligung an tabakproduzierenden Unternehmen,
- Beteiligung nur an solchen Unternehmen, die beim genutzten ESG-Score mit einem festgelegten Mindestrating oder besser eingestuft werden,
- Unternehmensanleihen, die als sogenannte ‚Green Bonds‘ klassifiziert sind, sind generell zugelassen.

### Investitions- oder Ausschlusskriterien für den Erwerb von Staatsanleihen

- Ausschluss von Staaten mit Todesstrafe,
- Ausschluss von Staaten mit hoher Korruption - gemessen am Corruption Perceptions Index,
- Investition nur in freie Staaten - gemessen an Menschenrechtsverletzungen (Einstufung nach dem Freedom House Index),
- Investition nur in Staaten ohne geschlechtsspezifische Ungleichbehandlung - gemessen am UNDP Gender Inequality Index,
- Investition nur in Staaten, die die UN-Biodiversitäts-Konventionen unterzeichnet haben,
- Investition nur in Staaten, die die Klimakonventionen unterzeichnet haben,
- Investition nur in Staaten, die beim genutzten ESG-Score mit einem festgelegten Mindestrating oder besser eingestuft werden.

## **5. Anlagen in Spezialfonds**

Werden Kapitalanlagen über Spezialfonds getätigt, kann die Stadt Münster allein, zusammen mit städtischen Einrichtungen / Beteiligungen oder mit weiteren kommunalen oder staatlichen Organisationen Anleger in einem solchen Spezialfonds sein.

Bei den Spezialfonds sind neben den unter Punkt 4 genannten Anlagegrundsätzen darüber hinaus folgende Bedingungen einzuhalten:

- Alle Anlagen müssen in EURO notiert sein. Andere Währungen sind ebenso wie Devisengeschäfte ausgeschlossen.
- Aktien und Unternehmensanleihen dürfen maximal 35 % des Fondsvermögens ausmachen. Aktien und Unternehmensanleihen von ein und demselben Schuldner dürfen zusammen 5 % des Fondsvolumens nicht übersteigen.
- Das Mindestrating für Unternehmensanleihen und Schuldscheindarlehen liegt bei BBB- bzw. Baa3 (sogenannter Investment Grade). Das Rating der Unternehmen ist regelmäßig zu überprüfen. Anleihen ohne Rating sind nur zugelassen für Anleihen von Bundesländern, öffentlichen Körperschaften und Pfandbriefe.

## **6. Entscheidungskompetenzen / Verfahren / Zuständigkeiten**

### **6.1 Regelungen für das reguläre Geldanlagegeschäft**

Bei Geldanlagen in Form von Tagesgeldern, Festgeldern oder Spareinlagen, Anlagen in Geldmarktfonds und der Zuführung in bestehende Spezialfonds im Rahmen des Haushaltsansatzes trifft das Amt für Finanzen und Beteiligungen eigenverantwortliche Anlageentscheidungen.

Bei allen Geldanlagen sind mindestens drei Vergleichsangebote einzuholen. Von dieser Regelung kann nur abgewichen werden, wenn mit dieser Regelung ein hoher Verwaltungsaufwand verbunden ist, der nicht im Verhältnis zum erzielbaren Nutzen steht.

Entscheidungen über die (Wieder-)Anlage von Kapital bei Banken, die Anlage in Geldmarktfonds und die Thesaurierung von Erträgen bei Fonds erfolgen als laufendes Geschäft der Verwaltung.

### **6.2 Regelungen für Spezialfonds oder neue Anlageinstrumente**

Anlageentscheidungen für neue, bisher nicht genutzte Anlageinstrumente trifft die Stadtkämmerin / der Stadtkämmerer auf Vorschlag durch das Amt für Finanzen und Beteiligungen.

Die Auflage eines neuen, längerfristig ausgerichteten Fonds bzw. ein Wechsel der Fondsgesellschaft wird im für Finanzen zuständigen Ausschuss beraten und durch das nach der GO NRW und der Zuständigkeitsordnung des Rates zuständige Organ beschlossen.

Für die längerfristige Geldanlage in Spezialfonds sind grundsätzlich sogenannte Anlageausschüsse bestehend aus den Fondsverwaltungen und Vertretungen der Stadt Münster einzurichten. Mitglied des Anlageausschusses der Spezialfonds ist die Stadtkämmerin / der Stadtkämmerer. Sie / Er kann weitere Mitglieder bestimmen bzw. die Mitgliedschaft auf geeignete Personen innerhalb der Stadtverwaltung übertragen.

## **7. Risikomanagement / Berichtswesen**

### **7.1 Allgemeine Regelungen zum Risikomanagement und Berichtswesen**

Sämtliche Geldanlagen sind laufend zu überwachen. Das Amt für Finanzen und Beteiligungen führt kontinuierlich Übersichten, aus denen das aktuelle Gesamtportfolio der Stadt ersichtlich ist.

Eine Überwachung der Zinsmärkte findet laufend statt, um bei flexiblen oder variablen Anlagen zeitnah auf Zinsänderungen reagieren zu können.

Mindestens einmal im Quartal stimmen sich die Stadtkämmerin / der Stadtkämmerer und das Amt für Finanzen und Beteiligungen über unterschiedliche Aspekte der städtischen Kapitalanlagen ab.

Prüfungen durch das Amt für Wirtschaftlichkeitsprüfung und Revision bestimmen sich nach der Rechnungsprüfungsordnung.

Das Amt für Finanzen und Beteiligungen fertigt jährlich einen Bericht für den zuständigen politischen Ausschuss, in dem die Entwicklung der städtischen Kapitalanlagen rückblickend dargestellt wird.

### **7.2 Streuung der Geldanlage**

Da Risiken bei Geldanlagen grundsätzlich nicht vollständig auszuschließen sind, ist eine Streuung der Geldanlagen und damit eine Begrenzung des Volumens auf ein und denselben Schuldner vorzusehen.

In Abhängigkeit von den Marktgegebenheiten legt die Stadtkämmerin / der Stadtkämmerer auf Vorschlag durch das Amt für Finanzen und Beteiligungen Obergrenzen für Geldanlagen pro Schuldner fest.

Für die Anlage bei der Sparkasse Münsterland Ost gelten abweichend davon keine Obergrenzen. Die in der Höhe unbegrenzte Anlagemöglichkeit ergibt sich aus der Sonderfunktion der Sparkasse Münsterland Ost als „Hausbank“ und aus der Sonderrolle der Stadt Münster als größte Trägerkommune der Sparkasse Münsterland Ost. Die Anlage von Kapital bei der Sparkasse Münsterland Ost kann auch Auswirkungen haben auf die sonstigen Geschäftsbeziehungen mit der Stadt Münster (z. B. Transaktionskosten; Reaktion und Hilfe bei Problemfällen etc.). Insofern darf der gewährte Zins nicht allein ausschlaggebend für die Kapitalanlage sein, soweit er nicht wesentlich von dem Zins anderer Bewerber abweicht. Entscheidend ist hier die fachlich-politische Auffassung der Stadtkämmerin / des Stadtkämmerers.

### **7.3 Externes Rating bei Schuldnern ohne Instituts- oder Einlagensicherungssystem**

Ist die städtische Geldanlage nicht durch ein Instituts- oder Einlagensicherungssystem abgesichert, hat das Amt für Finanzen und Beteiligungen vor Vertragsabschluss ein unabhängiges externes Rating des Schuldners einzuholen. Erst nach Prüfung des Ratingberichts und einer darauf basierenden günstigen Bonitäts- und Risikobewertung (mindestens Investmentgrade) kann das Anlagegeschäft abgeschlossen werden.

### **7.4 Berichtswesen bei Anlagen in Spezialfonds**

Über die Kapitalanlage in Spezialfonds erfolgen monatlich Berichte durch die Fondsverwaltung. Sowohl die interne Kontrolle der Fondsverwaltung als auch die Depotbank haben kraft Gesetzes bzw. auf der Grundlage des Vertrages über die allgemeinen und besonderen Vertragsbedingungen die Transaktionen der Fondsverwaltung auf ihre Übereinstimmung mit den Fonds-Anlagerichtlinien zu prüfen. Zudem werden die Berichte vom Amt für Finanzen und Beteiligungen insbesondere dahingehend geprüft, ob die Verteilung der Risikoanteile regelkonform ist. Die Berichte der Fondsverwaltung werden der Stadtkämmerin / dem Stadtkämmerer vorgelegt.

Soweit Anlageausschüsse für Spezialfonds existieren, nimmt die Stadt regelmäßig teil. Über die Sitzungsergebnisse erstellt die Fondsverwaltung ein Protokoll.

### **7.5 Anlagen in Geldmarktfonds**

Der Erwerb von Anteilen in Geldmarktfonds ist nur dann möglich, wenn das Fondsprofil sicherheitsorientiert ist (z. B. reiner Rentenfonds) und die Fondsverwaltungsgesellschaft über eine Patronatserklärung abgesichert ist.

Wenn der Fonds eine geringfügige Beimischung von Aktien / Unternehmensanleihen enthalten sollte, gelten für diese Aktien / Unternehmensanleihen die in dieser Anlagerichtlinie genannten Bedingungen.

## **8. Inkrafttreten**

Diese Anlagerichtlinie tritt zum 01.12.2024 in Kraft.